

## Mindestens eine Frau geht ins Rennen

**Burkhalter-Nachfolge** Die Waadtländer FDP-Nationalrätin Isabelle Moret will Bundesrätin werden. Sie geht davon aus, dass sich Staatsrätin Jacqueline de Quattro, ebenfalls aus der Waadt, nun zurückziehen wird, und hält ein Zweitticket mit einem Tessiner und einer Frau für erfolgversprechend. De Quattro hatte sich am 22. Juli ins Spiel gebracht, aber angekündigt, Moret den Vortritt zu lassen. Bestätigt ist der Verzicht jedoch nicht. De Quattro war gestern für eine Stellungnahme nicht erreichbar.

«Für mich war bald klar, dass ich dieses Amt gerne übernehmen würde», sagte Moret im Interview mit der «Sonntags-Zeitung». Sie habe aber vor Bekanntgabe ihrer Kandidatur wissen müssen, dass sie genügend Unterstützung in der Kantonalpartei habe. Zudem hätte sie es sich nochmals überlegt, falls die Tessiner FDP eine Frau ins Rennen geschickt hätte. Die 46-jährige Anwältin hatte ihr Interesse am Samstag im Westschweizer Fernsehen RTS bekanntgegeben.

### «Eine Mutter im Bundesrat täte doch gut»

Moret sitzt seit 2006 im Nationalrat. Sie ist Mitglied der staatspolitischen Kommission und der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit. Seit 2016 präsidiert sie den Spitalverband H+. Zudem war sie von 2006 bis 2016 Vizepräsidentin der FDP Schweiz. Moret lebt von ihrem Mann getrennt. Die beiden haben zwei Kinder im Alter von elf und sieben Jahren.

Die Frauenfrage scheint Moret eher unangenehm zu sein. Ihr Geschlecht könnte «eher ein Handicap sein» in der Bundesversammlung – bis heute hätten Frauen auf einem Mann-Frau-Zweiticket immer den Kürzeren gezogen. «Ich wünschte mir, wegen meiner Kompetenzen und nicht wegen meines Geschlechts gewählt zu werden», sagte sie gegenüber der Zeitung «Le Matin Dimanche». Einen Vorteil sieht sie aber doch: «Eine Mutter im Bundesrat täte doch gut!»

Bis anhin ist der Tessiner Nationalrat Ignazio Cassis der einzige offizielle Kandidat für die Nachfolge von Didier Burkhalter. Seine Kantonalpartei hat ihn am 1. August nominiert. (sda)

# Das Sozialwesen boomt

**Wachstum** Die Zahl der Beschäftigten im Sozialwesen hat in den vergangenen Jahrzehnten überdurchschnittlich zugenommen – und das Wachstum dürfte weitergehen. Kritiker fordern nun Massnahmen.

Michel Burtscher

Der St. Galler SVP-Nationalrat Thomas Müller wählt deutliche Worte, wenn er auf die Entwicklung im Sozialwesen angesprochen wird: «Wir müssen wirklich aufpassen – es geht ins Uferlose.» Zu viele Stellen seien in dieser Branche geschaffen worden in den vergangenen Jahren, das Sozialwesen habe sich zu einer Industrie entwickelt.

Tatsächlich arbeiten immer mehr Personen im Sozialbereich: Die Zahl der sogenannten Vollzeitäquivalente – also wenn die Teilzeitstellen auf Vollzeitstellen hochgerechnet werden – ist zwischen 1995 und 2013 von 121 000 auf 209 000 gestiegen, wie Forscher der Beratungsfirma BSS Basel und der Hochschule Luzern berechnet haben. Berücksichtigt werden hierbei nicht nur Personen mit sozialen Berufen wie Sozialarbeiter oder Betreuungsfachleute, sondern auch kaufmännische Angestellte oder Köche, die im Sozialbereich arbeiten.

### Überdurchschnittliches Wachstum

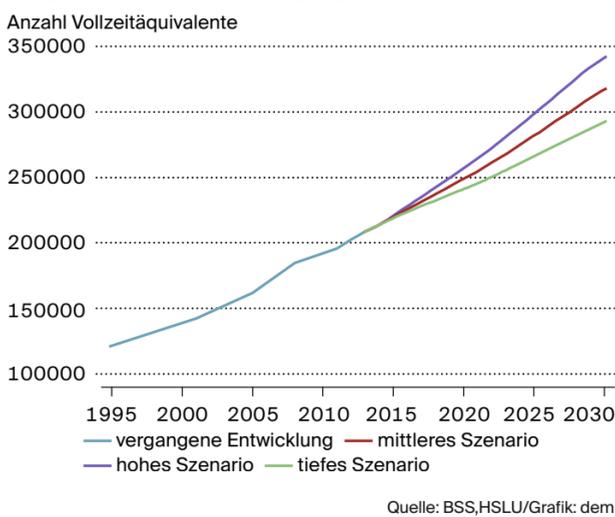
Ein Vergleich mit anderen Branchen zeigt: Dieses Wachstum ist überdurchschnittlich. Während die Beschäftigung der ganzen Schweizer Wirtschaft im gleichen Zeitraum um 16 Prozent gewachsen ist, ist sie im Sozialwesen um 73 Prozent angestiegen. Diese Entwicklung ist laut Donat Knecht, Dozent am Departement für Soziale Arbeit der Hochschule Luzern sowie Mitautor der Studie, primär dem gesellschaftlichen Wandel geschuldet.

So leben immer mehr Menschen in der Schweiz, und sie werden gleichzeitig immer älter. Damit steigt der Bedarf nach Betreuerinnen und Betreuern. Laut Knecht sind zudem immer mehr Menschen den Anforderungen der heutigen Arbeitswelt nicht mehr gewachsen. Sie seien darum öfters auf die Unterstützung des Sozialstaats angewiesen. Schliesslich hat sich in den vergangenen Jahrzehnten auch das Rollenverständnis von Mann und Frau verändert – was dazu führt, dass für die Vereinbarkeit von Fa-



Für die Betreuung von Kindern wird immer mehr Personal benötigt. Bild: Gaëtan Bally/KEY (Zürich, 8. Juni 2011)

### Prognosen zur Beschäftigung im Sozialbereich



«Gegen die demografische Entwicklung kommt man nicht an.»

Monika Weder  
Savoir Social, Dachorganisation der Arbeitswelt Soziales

milie und Beruf mehr Personal in den Kindertagesstätten benötigt wird. «Das ist eine Entwicklung, die von der Politik so gewollt ist und finanziell gefördert wird», betont Monika Weder, Präsidentin von Savoir Social, der Dachorganisation der Arbeitswelt Soziales. Tatsächlich ist es ein Ziel der Fachkräfte-Initiative des Bundes, mehr Frauen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die familienergänzende Kinderbetreuung hat er bisher mit mehreren hundert Millionen Franken unterstützt.

### Kritik von rechts an bisheriger Politik

Im Vergleich zu anderen Ländern wird das Sozialwesen in der Schweiz zwar stark von privaten Trägern dominiert, wie Knecht betont. Trotzdem kommt das Geld dafür mehrheitlich von der öffentlichen Hand. Wenn die Zahl der Beschäftigten steigt, nehmen für die Steuerzahler also auch die Kosten zu. Das führt zu politischen Diskussionen, denn ein Ende des Wachstums ist nicht in Sicht. «Wenn alle Einflussfaktoren gleich bleiben, wird die Zahl der Beschäftigten weiterhin stark zunehmen», sagt Knecht. Je nach Szenario steigt die Zahl der Vollzeitäquivalente laut den Forschern bis 2030 auf zwischen 292 000 und 343 000 (siehe Grafik). Ein Fachkräftemangel sei absehbar, sagt Knecht.

Nationalrat Thomas Müller betont, dass das Wachstum im Sozialwesen gebremst werden müsse. Wie das geschehen soll, ist für den SVP-Politiker klar: «Geld entziehen und die Zahl der Stellen begrenzen.» Auch im Sozialwesen zeige sich die Tendenz, dass sich der Staat immer mehr in persönliche Angelegenheiten der Bürger einmische, findet Müller. Was hält man in der Branche von solchen Forderungen? «Ob das Wachstum begrenzt werden muss, ist eine gesellschaftliche und politische Frage», sagt Monika Weder diplomatisch. Sie betont aber: «Gegen die demografische Entwicklung kommt man nicht an – und ein Leistungsabbau im Sozialwesen wäre schade und wirtschaftlich gesehen auch nicht nachhaltig.»

## Visaabteilung in Teheran unter Verdacht

**Einreiseerlaubnis** Lokale Angestellte der Schweizer Botschaft im Iran sollen Termine für die Visavergabe verkauft haben. Der Verdacht liess sich nicht erhärten. Andere Schengen-Mitgliedsstaaten sind mit denselben Problemen konfrontiert.

Noch nie stellte die Schweizer Botschaft im Iran so viele Visa aus wie 2016. Und das Wachstum setzt sich fort: Allein im ersten Quartal des laufenden Jahres verdoppelte sich die Zahl der Anträge für Schengen-Visa gegenüber dem Vorjahr, bei den Touristen-Visa vervierfachte sich diese sogar. Das zeigen neue Zahlen des Aussendepartements (EDA). Gleichzeitig gab es auch mehr Fälle von Visa-Missbrauch. Die Schweizer Vertretung im Iran stellte eine deutliche Zunahme der Anträge mit gefälschten Belegen und des Visa-Shoppings fest. Dabei geht es um Personen, denen ein Schengen-Staat ein Visum verweigert hat und die es

über ein anderes Mitgliedsland nochmals versuchen. Im ersten Quartal 2017 war die Verweigerungsquote mit 19,3 Prozent laut dem EDA denn auch markant höher als im Vorjahresquartal.

### Berner Zentrale geht Vorwürfen nach

Mehr noch: Gemäss Recherchen unserer Zeitung soll es in der Schweizer Vertretung in Teheran im Visaprozess zu Regelverstössen gekommen sein. Im Sommer trennte sich die Botschaft von zwei lokalen Angestellten, die im administrativen Bereich tätig waren. Dem Vernehmen nach stand der Vorwurf im Raum, dass sie Visatermine verkauft hätten. We-

gen der starken Nachfrage kann die Buchung lange dauern.

Der Verdacht sei aufgetaucht, dass es im administrativen Bereich in Einzelfällen zu Unregelmässigkeiten gekommen sein soll, bestätigt EDA-Sprecher Pierre-Alain Eltschinger. Die Schweizer Vertretung im Iran habe deshalb wie üblich die Berner Zentrale informiert, die umgehend Abklärungen an Ort und Stelle eingeleitet habe. Ein Mitarbeiter der konsularischen Direktion reiste im Juni in die iranische Hauptstadt und klärte die Vorwürfe ab. Der Verdacht liess sich nicht mit konkreten Anhaltspunkten erhärten. Es zeigte sich aber, dass andere Vertretungen

von Schengen-Mitgliedsländern im Iran mit gleichartigen Vorwürfen konfrontiert sind, ohne dass handfeste Beweise vorliegen. Das Nachrichtenmagazin «Der Spiegel» berichtete 2015, dass in der deutschen Botschaft Visatermine verkauft worden sein sollen.

Die Schweizer Botschaft hat alle involvierten Mitarbeitenden an ihre Pflichten und mögliche Konsequenzen erinnert. Aus rechtlichen Gründen äussert sich das EDA nicht zu einzelnen Personalentscheidungen. Es bestätigt nur, dass die Schweizer Botschaft die befristeten Verträge von zwei lokalen Angestellten nicht verlängert habe. Bis zum Ablauf des Arbeitsvertrages erhalten diese

weiterhin ihren Lohn. Einen Zusammenhang mit dem erwähnten Anfangsverdacht bestreitet das EDA. Die Nichterneuerung sei Teil eines «administrativen Prozesses».

Die Visa selber stellt geschultes Schweizer Konsularpersonal aus. «Hier kam nie auch nur der Verdacht auf Unregelmässigkeiten auf», sagt EDA-Sprecher Eltschinger. Für administrative Aufgaben wie die Terminvergabe oder Telefonauskünfte beschäftigt die Botschaft auch lokales Personal. Schweiz Tourismus fördert den iranischen Markt seit einiger Zeit aktiv. Wegen der starken Zunahme der Nachfrage nimmt die Schweizer Vertretung

in Teheran Gesuche für Touristenvisa seit einigen Monaten nur noch entgegen, wenn sie über fünf iranische Reiseagenturen eingereicht werden. Dies soll einen effizienteren Visaprozess ermöglichen. Es handelt sich um einen Test.

In der Vergangenheit machte das Aussendepartement mit externen Partnern nicht immer gute Erfahrungen. 2006 flog in der Schweizer Botschaft in Pakistan ein Handel mit Visa auf. Auch lokale Reiseorganisationen sollen darin verwickelt gewesen sein. Das EDA schloss die Visaabteilung für einige Monate.

Tobias Gafafer